

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 112 (2015)
Heft: 1

Artikel: Der US-amerikanische Sozialstaat ist sehr dezentral organisiert
Autor: Ruf, Renzo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840032>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

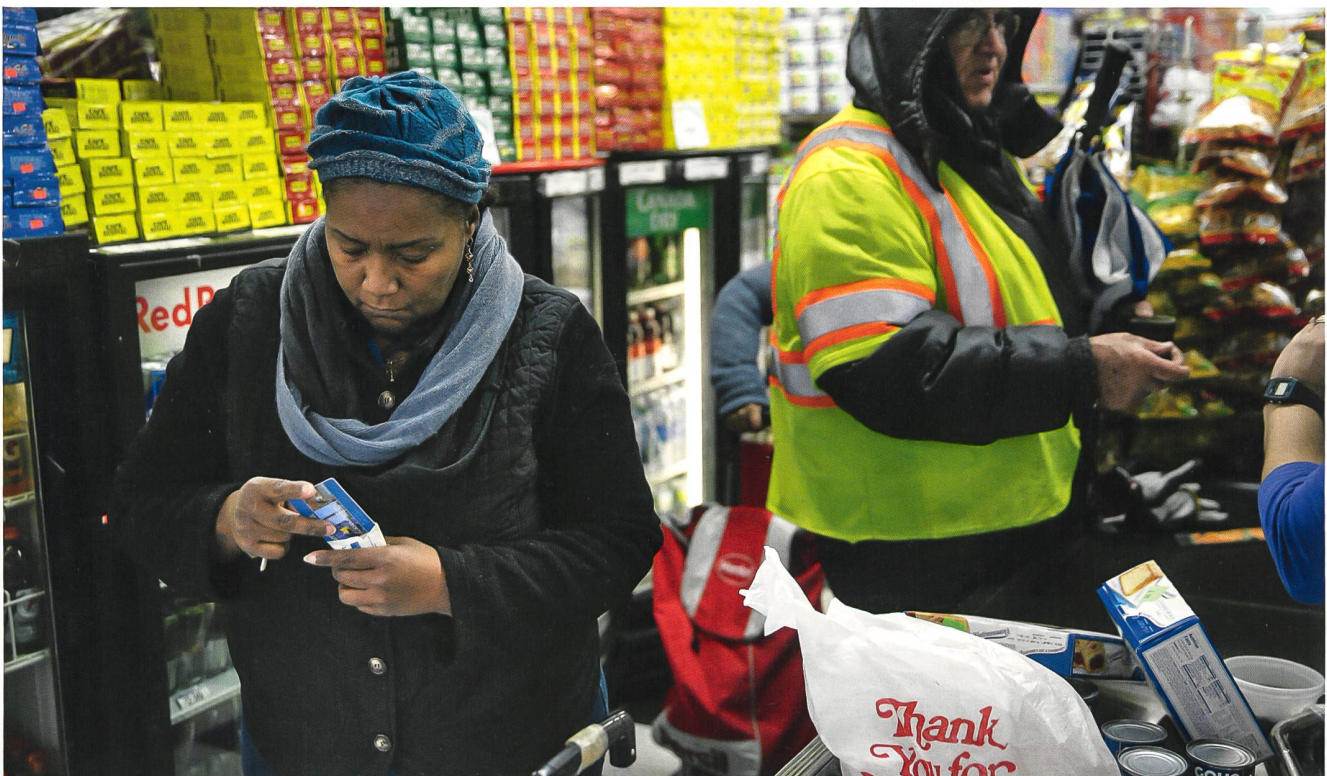
Der US-amerikanische Sozialstaat ist sehr dezentral organisiert

Die Gliedstaaten verfügen über viel Handlungsspielraum bei der Definition der Vergabekriterien für Sozialleistungen und deren Bemessung. Nach der Machtübernahme der Republikaner im Kongress hat sich die Debatte über die Wirksamkeit von staatlichen Unterstützungsprogrammen zugespitzt.

Die USA gelten als Land, in dessen Sozialnetz grosse Löcher klaffen. In den Augen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hingegen gibt es zwischen dem Sozialstaat amerikanischer Prägung und dem Schweizer Modell, das in den Augen einer breiten Öffentlichkeit als eines der am besten ausgebauten gilt, keinen grossen Unterschied. Die Sozialausgaben der öffentlichen Hand beliefen sich im Jahr 2014 in beiden Ländern auf gut 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das sind Quoten, die deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegen.

Dass das soziale System der USA einen schlechten Ruf hat, mag an der Entstehungsgeschichte des modernen amerikanischen Staates liegen: dem Sozialstaat schlägt in weiten Kreisen der Bevölkerung grosse Skepsis entgegen – aus sozialen, politischen und häufig auch aus rassistischen Gründen. Eine andere Erklärung für die Diskrepanz in der öffentlichen Wahrnehmung des amerikanischen Sozialstaats kann darin gesucht werden, dass es sich um ein dezentrales Gebilde handelt. Zwar gibt «Washington» die Richtung vor und bestimmt in jeweils harzigen Budgetverhandlungen,

wie viel Geld ins Sozialbudget fliesst. Abgerechnet wird aber über mehr als 125 staatliche Kassen, die in verschiedenen Ministerien angesiedelt sind. Zudem besitzen die 50 Bundesstaaten einen grossen Handlungsspielraum bei der Definition der Vergabekriterien. Zwischen einer Familie, die in Honolulu (Hawaii) auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, und einem vergleichbaren Haushalt in Jackson (Mississippi) bestehen deshalb auffallend grosse Gegensätze. Und weil es sich bei den USA um einen zutiefst föderalistischen Staat handelt, bestimmen ungezählte lokale Programme die Ausprägungen der einzelnen Sozialsysteme mit. Die Denkfabrik Cato in Washington, die dem Sozialstaat kritisch gegenübersteht, berechnete kürzlich, dass sich die Einnahmen eines Sozialhilfebezügers auf Hawaii auf bis zu 49 200 Dollar pro Jahr summieren könnten, während der Maximalbetrag, der in Mississippi ausbezahlt wird, bei knapp 17 000 Dollar läge. Zum Vergleich: Im Mittel beläuft sich das Einkommen eines amerikanischen Haushalts gemäss der nationalen Volkszählungsbehörde auf knapp 52 000 Dollar (Stand 2013).



Sozialhilfe the American way: Eine armutsbetroffene New Yorkerin beim Einkauf mit einer Electronic Benefit Transfer Card, die im Volksmund «Food Stamps» (Lebensmittelmarken) genannt werden.

Bild: Keystone

→ Das Basissystem

Der amerikanische Sozialstaat baut auf mehreren stabilen Pfeilern auf. Am bekanntesten ist dabei die klassische und per Definition temporäre Sozialhilfe TANF (Temporary Assistance for Needy Families), die während maximal 60 Monaten bezogen werden kann. Eine wichtige Rolle spielt auch das Supplemental Nutrition Assistance Program (SNAP), der finanzielle Zuschuss an die Haushaltskasse, der im Volksmund immer noch Lebensmittelmarken genannt wird – obwohl die Auszahlung schon lange über Plastikkarten erfolgt. Hinzu kommen die staatlichen Krankenkassen für sozial Schwache (Medicaid), für Kinder (CHIP) und für Senioren (Medicare), die Arbeitslosenversicherung und die Altersversicherung (Social Security). Grosse Bedeutung kommen schliesslich auch den Steuergutschriften für Kleinverdiener und Familien (Earned Income Tax Credit) zu.

Die genannten Programme – eine unvollständige Aufzählung – ergänzen sich, werden aber dezentral verwaltet und weisen unterschiedliche Kriterien bei der Vergabe und der Bemessung der Beiträge auf. Bei Medicaid und CHIP sind – nach der Umsetzung der Gesundheitsreform Obamacare – mehr als 68,5 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner eingeschrieben (Stand: Oktober 2014). Damit kommen 21,4 Prozent der US-Bevölkerung in den Genuss einer (fast) kostenfreien Krankenversicherung. SNAP wiederum betreut 46,7 Millionen Menschen in 22,9 Millionen

«KRIEG GEGEN DIE ARMUT»

Der vom demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson am 8. Januar 1964 ausgerufene «Krieg gegen die Armut» hatte einen massiven Ausbau des Sozialstaates zur Folge, oftmals allerdings dem Prinzip von «trial and error» folgend. Zahlreiche dieser Programme überlebten die vergangenen fünf Jahrzehnte deshalb nicht, andere wurden unter den Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama angepasst. In den Augen der meisten Demokraten hat sich der Feldzug gegen die Armut gelohnt. Sie bemängeln höchstens, dass die öffentliche Hand just den ganz armen Amerikanerinnen und Amerikanern zu wenig unter die Arme greift. Konservative Amerikaner hingegen verweisen darauf, dass die öffentliche Hand nunmehr fast 1000 Milliarden Dollar pro Jahr für die Armutsbekämpfung ausbebe, dies aber nur geringen Einfluss auf die Armutsquote habe. Tatsächlich sind gemäss offizieller Statistik derzeit rund 15 Prozent aller Amerikaner arm und haben Anspruch auf staatliche Transferzahlungen – ähnlich hoch war die Quote schon Mitte der Sechzigerjahre. Allein: Dabei handelt es sich ein Stück weit auch um Zahlenakrobatik. Fachleute bemängeln schon lange, dass die Volkszählungsbehörde wichtige Pfeiler des Sozialstaates, zuvorderst Medicaid und Medicare sowie die Steuergutschriften, nicht in ihre Berechnungen einbeziehe. Alternative Berechnungen wie jene von Bruce Meyer (University of Chicago) und James Sullivan (University of Notre Dame) kommen zu anderen Ergebnissen. Gemäss ihren Zahlen ist die Armutsquote von 31,6 Prozent der Bevölkerung im Jahr 1960 auf 8,2 Prozent im Jahr 2012 gesunken. Andererseits gibt es auch Anzeichen dafür, dass der Sozialstaat tatsächlich immer häufiger sein Ziel verfehlt. Im Jahr 2011 gingen bloss 29,5 Prozent aller TANF-Bezüger nach zwei Jahren wieder einer geregelten Arbeit nach. Dabei sieht das Gesetz vor, dass bei Nicht-Erfüllen solcher obligatorischen «work activities» (arbeitsähnliche Aktivitäten, die von einer Lehre über gemeinnützige bis hin zu bezahlter Arbeit reichen) Sanktionen drohen.

Haushalten, an die pro Monat «Lebensmittelmarken» im Wert von durchschnittlich 260 Dollar ausbezahlt werden. Temporäre Sozialhilfe wiederum bezogen 2014 im monatlichen Durchschnitt 820 000 Erwachsene und 2,7 Millionen Kinder. Und bei der nationalen Arbeitslosenversicherung waren Ende Dezember 2014 2,5 Millionen Menschen registriert – obwohl gleichzeitig gemäss Statistik 8,7 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner keiner bezahlten Arbeit nachgingen. Hier ist allerdings anzufügen, dass die Arbeitslosenversicherung in den USA recht niedrige Beträge bezahlt. Selbst in Massachusetts, dem Bundesstaat mit der grosszügigsten Ausgestaltung, erhält ein Arbeitsloser höchstens 698 Dollar pro Woche ausbezahlt.

Kakophonie von Meinungen

Dieses Meer von Zahlen erschwert den Durchblick. Selbst Experten streiten sich über den Nutzen der staatlichen Programme, die ihre Wurzeln im «Krieg gegen die Armut» haben, der 1964 von Präsident Johnson ausgerufen worden war (siehe Kasten). In der Kakophonie der Meinungen lassen sich dennoch zwei Konstanten festmachen: Unter den Klientinnen und Klienten des amerikanischen Sozialstaats sind Bevölkerungsminderheiten überproportional stark vertreten – weil Afroamerikaner, Latinos, aber auch Amerikanerinnen und Amerikaner asiatischer Herkunft häufiger in einer ökonomisch schwierigeren Situation leben als die meisten weissen Amerikaner. Und die Republikanische Partei, die nicht ganz zu Unrecht als die Partei der weissen Amerikaner porträtiert wird, will den Sozialstaat beschneiden oder zumindest das Ausgabenwachstum bremsen. In den Worten des konservativen Vordenkers Paul Ryan klingt dies folgendermassen: Washington habe es in den vergangenen Jahren versäumt, den bedürftigen Amerikanern einen Weg aufzuzeichnen, wie sie sich aus dem Teufelskreis der Armut befreien könnten. Stattdessen sei in der Hauptstadt «ein komplexes Netz» von Sozialhilfeprogrammen entstanden. Einige dieser Angebote seien hilfreich, räumt der Republikaner ein. Andere aber machten Familien bloss abhängig von staatlichen Zahlungen. Auf letztere hat es Ryan, Abgeordneter im Repräsentantenhaus, abgesehen. Nach dem Sieg seiner Partei bei der Parlamentswahl im letzten Herbst kündigte er eine «Welfare Reform 2.0» an, eine Anspielung auf den umstrittenen Umbau des Sozialstaates unter Präsident Clinton in den Neunzigerjahren.

Mit politischem Widerstand gegen dieses Programm ist zu rechnen. In den Augen der meisten Demokraten gibt es wenig Sparpotenzial – bei der massiven Aufstockung der Sozialausgaben im Nachgang zur Finanzkrise habe es sich um einen notwendigen Schritt gehandelt. So stieg das Budget für das SNAP-Programm von 34,9 Milliarden im Jahr 2007 auf 82,5 Milliarden Dollar im Jahr 2013. Auch Präsident Obama kündigte bereits an, das Veto gegen allzu radikale Sparvorschläge der Republikaner einzulegen. Angesichts der Blockade in Washington wird sich die Aufmerksamkeit wohl bald in die einzelnen Bundesstaaten verlegen. Bereits haben konservative Gouverneure wichtiger Staaten im Mittleren Westen angekündigt, den Zugang zu den staatlichen Sozialhilfeprogrammen zu begrenzen. Und der letzte Schrei unter den konservativen Reformen ist die Forderung, dass zuerst einen Drogentest bestehen muss, wer staatliche Unterstützungsgelder erhalten will. Bereits gibt es solche rechtlich und politisch höchst umstrittene Verknüpfungen in zwölf der 50 Bundesstaaten. ■

Renzo Ruf, Korrespondent in Washington